

Vortrag an den Ministerrat

22. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, New York, 4.-14. Dezember 2023; österreichische Delegation

Voraussichtlich von 4. bis 14. Dezember 2023 wird in New York die 22. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts (RS) des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gemäß Art. 112 RS (BGBl. III Nr. 180/2002 idF BGBl. III Nr. 95/2015 und BGBl. III Nr. 96/2015) stattfinden.

Bei dieser Tagung steht neben der jährlichen Generaldebatte über die Arbeit des IStGH und der Beschlussfassung über das Budget des Gerichtshofs für 2024 insbesondere auch die Wahl sechs neuer IStGH-Richter im Vordergrund. Es ist weiters zu erwarten, dass die Herausforderungen für den Gerichtshof auf Grund der zahlreichen Situationen und Fälle, mit denen dieser befasst ist, besprochen werden.

Die aktive Teilnahme der österreichischen Delegation an der 22. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten ist gerade angesichts der Ermittlungen des IStGH zu möglichen Kriegsverbrechen und weiteren Völkerstraftaten im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besonders wichtig.

Es ist beabsichtigt, zu dieser Tagung folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Botschafter Dr. Alexander Marschik
Delegationsleiter

Ständige Vertretung Österreichs bei
den Vereinten Nationen in New York

Gesandter MMag. Stefan Pretterhofer
Stv. Delegationsleiter

Ständige Vertretung Österreichs bei
den Vereinten Nationen in New York

Staatsanwalt Mag. Jakob Schreiber	Bundesministerium für Justiz
Mag. ^a Andrea Raab-Gray, MJur (Oxon.)	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Mag. ^a Katharina Kofler, BA	Österreichische Botschaft Den Haag
Mag. Maximilian Gorke, BA, MA	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
MMag. ^a Juliane Soyka, MIPP	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Dr. ⁱⁿ Astrid Reisinger Coracini	Universität Wien

Der Delegation werden, wenn nötig, weitere Beraterinnen und Berater aus den zuständigen Fachressorts beigezogen werden.

Die mit der Entsendung dieser Delegation verbundenen Kosten finden in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts ihre Deckung. Sofern Beschlüsse zu Beitragserhöhungen gefasst werden, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Justiz stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen der 22. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu bevollmächtigen.

30. Oktober 2023

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister